

April 2020

Länderbericht

Auslandsbüros Süd- und Westeuropa
Athen, Madrid, Paris und Rom

**KONRAD
ADENAUER
STIFTUNG**



Europas Süden und das Corona-Hilfsprogramm der EU

**Die Wahrnehmung der Ergebnisse des EU-Ratsgipfels in Südeuropa –
Berichte aus Italien, Spanien, Frankreich, Griechenland und Zypern**

Caroline Kanter, Henri Bohnet, Nino Galetti, Wilhelm Hofmeister

Am 23. April haben sich die europäischen Staats- und Regierungschefs via Videokonferenz auf ein milliardenschweres Corona-Hilfspaket geeinigt. Darüber hinaus – so die gemeinsame Sichtweise – sei ein gemeinsames Konjunkturprogramm notwendig. Über die Ausgestaltung dieses Instruments herrscht derzeit jedoch noch Uneinigkeit zwischen den Mitgliedsstaaten. ([Detaillierte Informationen hierzu liefert der aktuelle Ratsbericht des KAS-Europabüros](#)). Im Vorfeld des Europäischen Rats waren vor allem im durch die Krise besonders betroffenen Süden Europas die möglichen Hilfsinstrumente politisch diskutiert worden. Wie wurden dort nun die Ergebnisse dieses EU-Gipfels von Politik und Gesellschaft aufgenommen?

Italien

Caroline Kanter, Silke Schmitt und Francesca Traldi

Bereits im Vorfeld des Europäischen Rats fand eine intensive Berichterstattung seitens der italienischen Medien statt. Politiker und Journalisten maßen dem Rat einen hohen Stellenwert zu, der nicht nur über Italiens (wirtschaftliche) Zukunft, sondern auch die Zukunftsfähigkeit und Einheit der Europäischen Union bestimmen sollte. Eine transparente öffentliche Debatte wurde durch „fake news“ erschwert. Der italienische Premierminister Giuseppe Conte stand innenpolitisch unter großem Druck, positive Ergebnisse für Italien auszuhandeln. Diesen hatte der Premier teilweise selbst aufgebaut, indem er bis zuletzt an

seiner Forderung nach Corona-Bonds festgehalten hatte. Diese Bonds fanden im Nachgang des Rates jedoch keine Erwähnung mehr.

Conte zeigte sich dennoch äußerst zufrieden mit dem Gipfelergebnis. Er wertet es als einen "großen Fortschritt" und „historisches Ergebnis“, das noch vor wenigen Wochen undenkbar gewesen sei. Der Wiederaufbaufonds sei ein Instrument, das eine koordinierte und solide Antwort auf die Corona-Krise ermögliche und in dem die europäische Solidarität zum Ausdruck komme. Dass es viele offene Fragen mit Blick auf die Ausgestaltung des Fonds und dessen genaue Modalitäten gibt und der Wiederaufbaufonds kein schnelles Lösungskonzept darstellt, darauf ging Conte nicht ein.

Insgesamt zeigten sich die beiden großen Regierungspartner, Fünf-Sterne-Bewegung und Partito Democratico (PD), zufrieden mit dem Ergebnis des europäischen Rats. Aber Differenzen innerhalb der Regierung bleiben bestehen, was zur weiteren Schwächung und Instabilität der Regierung führen könnte. Die italienische Regierung verweist immer wieder darauf, dass Schnelligkeit geboten ist: Der Recovery Fonds kann also aus italienischer Perspektive nur wirksam sein, wenn er, wie es EU-Kommissar Paolo Gentiloni erläutert hat, bereits im Sommer zur Verfügung steht und mindestens 1,5 Billionen Euro umfasst.

Interessant ist, dass auch im Nachgang des Rats weiterhin ein starker Fokus im öffentlichen politischen Diskurs auf dem neuen Europäischen Stabilitätsmechanismus liegt, auch wenn dieser nur einen Aspekt in dem Maßnahmenpaket der EU darstellt. Mit Blick auf die Nutzung des ESM-Hilfsfonds hat die italienische Regierung noch keine abschließende Entscheidung getroffen. Die Fünf-Sterne-Bewegung hat sich deutlich gegen die Nutzung des ESM ausgesprochen – innerhalb der Bewegung sind starke Spannungen zu diesem Thema entstanden; die PD und Italia Viva sprechen sich für die Nutzung der 37 Milliarden Euro aus, die der ESM für Italien vorsieht. Auch die Opposition arbeitet sich weiter an dem Thema ESM ab. Vor allem die souveranistischen oppositionellen Kräfte im italienischen Parlament stellen sich gegen die Nutzung des ESM-Hilfsfonds – allen voran Fratelli d'Italia und die Lega. Die EVP-Partnerpartei Forza Italia hat sich bei der Frage um die Nutzung des ESM von der Position seiner Bündnispartner abgekoppelt. Im neuen ESM sieht Berlusconi klare Vorteile für Italien und dessen Gesundheitssystem, dem das geliehene Geld zu Gute käme. Hinter der Polemik um die Nutzung des ESM-Hilfsfonds, vermutet Berlusconi Kräfte, die Italien aus der Euro-Zone führen möchten und damit eine Hilfe der EU-Partner in Zukunft unmöglich machen. Auch die von der Regierung angestrebten Recovery Fonds scheinen die souveranistischen Kräfte im Parlament nicht zu überzeugen: Gleich nach dem EU-Gipfel meldete sich Giorgia Meloni, Vorsitzende von Fratelli d'Italia, zu Wort. Italien werde durch diese Maßnahme noch abhängiger von Berlin, so Meloni. In die gleiche Kerbe schlägt auch Oppositionsführer Matteo Salvini. ESM, Hilfs- und Wiederaufbaufonds – all das reicht ihm nicht. Für ihn sind die Mitglieder der politischen Führungsriege „Diebe der Zukunft, der Demokratie und der Freiheit“. (Quelle: <https://www.notizie.it/politica/2020/04/24/recovery-fund-salvini-berlino-bruxelles/>. Stand 27. April 2020).

Unter italienischen Wirtschaftsexperten findet eine differenzierte Auseinandersetzung mit den EU-Hilfsmaßnahmen statt. Man ist sich einig, dass Italien, diese Krise nicht ohne Unterstützung der EU meistern kann. Die von den EU-Finanzministern auf den Weg gebrachten Maßnahmen bewertet man positiv und verweist darauf, dass diese nun sinnvoll umgesetzt werden müssten. Hier erwartet man von der Politik, dass konkrete Pläne vorgelegt werden, wie bspw. der 200 Milliarden Kredit der EIB von italienischer Seite genutzt werden kann. Mit Blick auf den Wiederaufbaufonds weist man darauf hin, dass es sich um ein potentes und ambitiöses Instrument handelt, aktuell jedoch noch viele Fragezeichen

existieren. Erst wenn die konkreten Kriterien des Recovery Fonds, die Frage des Managements und der Führung des Fonds, die Konsequenzen für die Staatsverschuldung der betroffenen Länder und die Verknüpfung des Fonds mit dem EU-Haushalt bekannt sind, sind die Konsequenzen für Italien klarer und eine Bewertung kann stattfinden. Für Italien wird die Frage, welche Formen und welcher Mix der Finanzierung der Wiederaufbaufonds vorgesehen wird – Kredite oder Zuschüsse – besonders relevant sein. Der italienische Mittelstand zeigt sich äußerst besorgt mit Blick auf den zeitlichen Rahmen in dem die zugesagten Hilfsmaßnahmen bereitgestellt werden sollen. Die Wirtschaftsverbände und die Gewerkschaften fordern von der Regierung das schnelle Bereitstellen von Geldern, um nach dem Lockdown wieder starten zu können. Sie werfen der Regierung – ebenso wie die Opposition – vor, viel zu langsam zu handeln.

Das ehemalige Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank, Bini Smaghi, kritisiert, dass in dieser schwierigen Phase eine italienische Position auf europäischer Ebene nicht zu erkennen sei. Dies betreffe auch die Diskussion über die Zukunft Europas. Europa werde in Italien nicht als gemeinsames Projekt aufgefasst, das man mit eigenen Initiativen und Vorschlägen mitgestalten könne, sondern als Institution, die man um etwas fragen und die wiederum etwas geben müsse, so Smaghi. Italien reduziert sich demnach zum Bittsteller. Gemeinsam mit anderen Wirtschaftsexperten fordert Smaghi eine aktivere Rolle Italiens, die sich durch konstruktive Vorschläge auszeichnet.

Deutschland wird auch in dieser Phase eine wichtige (Führungs-)Rolle im europäischen Kontext beigemessen. Einige italienische Medien und Experten bewerten die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin vor dem Rat und die Bereitschaft Deutschlands, den Wiederaufbaufonds zu unterstützen als „Öffnung“. Diese „Öffnung“ wird als wichtiger positiver Schritt gewertet. Experten fordern, dass sich nun die Debatte über eine gemeinsame europäische Fiskalpolitik anschließen müsse. Hier seien das Land und die Politik in Italien gespalten, ob man die Kompetenzen der Ausgaben- und Steuerpolitik an die EU abgeben wolle.

Spanien

Dr. Wilhelm Hofmeister

In Spanien sind die Vereinbarungen des Europäischen Rats am 23. April insgesamt positiv kommentiert worden. Allerdings war die Berichterstattung nicht sehr umfangreich und hat sich auf die wesentlichen Vereinbarungen sowie die kurze Beschreibung der Debatte konzentriert.

Nachdem Ministerpräsident Pedro Sánchez vor, während und auch nach der Sitzung des EU-Rats zusammen mit Frankreich, Italien und einigen anderen Ländern aus Südeuropa vehement für die Einführung von Eurobonds/ Coronabonds gefochten hatte und die spanische Wirtschaftsministerin Nadia Calviño diese Forderung in der ersten Runde der Eurogruppe wiederholte, rückte die spanische Regierung nach der Einigung der Finanzminister am 9. April von dieser Forderung ab und zeigte sich mit der ersten Vereinbarung über europäische Hilfsmaßnahmen für die von dem Coronavirus besonders betroffenen Länder zufrieden.

Im Vorfeld der Ratssitzung war ein Papier bekannt geworden, das die spanische Regierung für die Sitzung des EU Rats vorbereitet hatte und in dem sie die Einrichtung eines

Europäischen „Wiederaufbaufonds“ vorschlug, der mit 1,5 Billionen Euro ausgestattet werden sollte. Die besonders von dem Virus betroffenen Länder würden aus dem Fonds nach dem Maß ihrer Betroffenheit Zuwendungen, aber keine Kredite erhalten. Der Fonds soll durch „ewige Zinsen“ finanziert werden. Die Zinsen sollen aus neuen EU-eigene europäischen Steuern finanziert werden. Die Einrichtung des Fonds wäre nach Meinung der spanischen Regierung im Rahmen der europäischen Verträge möglich. Erste Auszahlungen soll es ab Januar 2021 geben. Die Forderung nach „Euro“- oder „Coronabonds“ wurde hier nicht wiederholt. Das Papier war, wie es in den wenigen Medien, die es kommentierten, hieß, eine der Vorlagen, die die spanische Regierung auch mit der deutschen Bundesregierung in Vorbereitung des Gipfels diskutierte.

In der Berichterstattung zum EU-Ratsgipfel wurde darüber informiert, dass der Europäische Rat die Schaffung eines Wiederaufbaufonds unterstützt, der mit dem Mehrjahreshaushalt der Europäischen Union verknüpft werden soll. Die weiter bestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den europäischen Partnern über die Höhe des Fonds, seine Zusammensetzung und die Verteilung der Mittel waren ebenfalls Gegenstand der Berichterstattung ([siehe hierzu den Ratsbericht des KAS-Europabüros](#)).

Ministerpräsident Sánchez hat keine Stellungnahme zum Gipfel abgegeben. Außenministerin Arancha González Laya wurde von der Zeitung „El País“ am 26. April mit der Äußerung zitiert, dass sie "eine Änderung des Tons in der Debatte" beobachtet habe. In einem Interview mit der Zeitung „El Mundo“ vom gleichen Tag sagte die Außenministerin: „Ich vergleiche es mit der letzten Tagung des Europäischen Rates vom 26. März. Damals bestand Spanien auf diesem Wiederaufbaufonds, einem Marshallplan für den Wiederaufbau nach dem Covid. Einen Monat später wurde diese Idee angenommen. Nun besteht Spanien darauf, dass die Investitionsinstrumente am 1. Juni einsatzbereit sind. Und der Rat hat dies akzeptiert. Vor einem Monat bestand Spanien darauf, dass der Fonds robust sein sollte. Diesen Donnerstag wurde bereits ein Konsens über Zahlen zwischen einer Billion und eineinhalb Billionen erzielt, dem von Spanien vorgeschlagenen Betrag. Wenn wir das, was jetzt geschehen ist, mit der Krise von 2008 vergleichen, würde ich sagen, dass die Reaktion schneller erfolgt.“

Die spanische Regierung zeigt sich somit insgesamt mit dem Verlauf des Gipfeltreffens zufrieden und sieht den von ihr eingebrachten Vorschlag als einen wichtigen Beitrag zur Debatte, der das Übereinkommen des Regierungschefs über die Form der Wiederaufbauhilfe und das weitere Vorgehen maßgeblich orientiert hat.

Die politische Opposition hat den Europäischen Gipfel und sein Ergebnis bisher nicht kommentiert.

Frankreich

Dr. Nino Galetti, Nele Katharina Wissmann

„Wenn ein Teil Europas scheitert, scheitert ganz Europa“, mit dieser Grundeinstellung hat Frankreich am EU-Ratsgipfel am 23. April teilgenommen. Die Einschätzung der Ergebnisse des EU-Gipfels ist aus diesem Grund zwiespältig. In seiner Erklärung am Ende des Gipfeltreffens wiederholte Staatspräsident Emmanuel Macron den Wunsch Frankreichs, die europäische Souveränität weiter voranzutreiben und zu vertiefen. Dieses Ziel werde von seiner Regierung und ihm seit der Wahl 2017 verfolgt, so Macron. „Was Souveränität,

insbesondere in den Bereichen Wirtschaft, Industrie, Strategie, Militär, Technologie und Umwelt betrifft, sind die Dinge weit vorangeschritten und Europa ist in diesen Feldern seiner Verantwortung gerecht geworden.“ Auf mittel- und langfristige Sicht wird sich nach Meinung des französischen Staatspräsidenten aus diesem politische Willen eine dringend notwendige strategische Autonomie Europas ergeben. Macron betonte auch, dass die aktuellen französischen Debatten über die Lockerung der Ausgangssperre, Tracking und Grenzsicherungen im Einklang mit einer gesamteuropäischen Vision stehen. Als Teilerfolge bezeichnete Macron Initiativen im Bereich der Unterstützung von Afrika und der gemeinsamen Corona-Forschung. Mit Sorge blickte er auf die wachsende Asymmetrie, die sich im wirtschaftlichen Bereich zwischen den Mitgliedstaaten ergebe und sich stark auf den europäischen Binnenmarkt auswirken werde. Der Staatspräsident gab zu, dass es zum aktuellen Zeitpunkt keinen Konsens zwischen den Mitgliedstaaten im Hinblick auf mögliche Corona-Bonds gebe, die besonders betroffenen Staaten helfen könnten.

Die französische Regierung kommuniziert derzeit offen darüber, dass auf dem Ratsgipfel nur Teilerfolge erreicht werden könnten. Diese Kommunikationslinie ist auch als Strategie zu verstehen, die eigene politische Agenda gegenüber den europäischen Partnern weiter zu verteidigen.

Auf Twitter trat der Staatspräsident noch einmal deutlich offensiver auf: „Für Europa hat die Stunde der Wahrheit geschlagen. Souveränität und Solidarität sind die zwei notwendigen Achsen unserer gemeinsamen Antwort. Wir müssen bezüglich eines europäischen Budgets, das der derzeitigen Krise gerecht wird, noch vorankommen“. Ebenfalls über Twitter teilten auch Außenminister Jean-Yves Le Drian und Europa-Staatssekretärin Amélie de Montchalin sowie die Vorsitzende des Europa-Ausschusses der Assemblée nationale Sabine Thillaye das Presse-Statement von Staatspräsident Emmanuel Macron; alle drei verzichteten jedoch auf eigene Stellungnahmen.

Da Frankreich mit seinen Forderungen nicht erfolgreich war, wartet der Staatspräsident aktuell mit keiner „Verkaufsstrategie“ auf, um das Ratsergebnis zu präsentieren. Das beschriebene Pressestatement ist so als „Auftragskatalog“ an die EU zu verstehen.

In der Presse und auf Twitter sind keine Stellungnahmen des Vorsitzenden der *Républicains*, Christian Jacob, zu finden. Der Vorsitzende der *Républicains* im Europäischen Parlament, François-Xavier Bellamy, hat in einem Fernsehinterview die politische Linie Deutschlands verteidigt: Man könne von einem Land, das die Haushaltsstabilität eingehalten habe, nicht verlangen, nun für die anderen zu zahlen. Er betonte jedoch auch, dass Italien versucht habe, eine harte Sparpolitik durchzuhalten. An eine europäische Souveränität glaube er nicht; die strategische Autonomie sei hingegen sinnvoll. Am 24. April fand eine interne Sitzung des Parteivorstands der *Républicains* statt, bei der europäische und internationale Aspekte der Corona-Krise diskutiert wurden.

Wie zu erwarten, lehnt sich die Vorsitzende des rechtspopulistischen *Rassemblement National*, Marine Le Pen, gegen die politische Linie des Staatspräsidenten auf. Sie schreibt auf Twitter: „Die europäische Souveränität (die angesichts der Tatsache, dass es kein europäisches Volk gibt, inexistent ist) ist für Macron ein Mittel, sich seiner Verantwortung zu entziehen und die französische Unabhängigkeit aufzugeben.“ Der Vorsitzende des linkspopulistischen *La France insoumise*, Jean-Luc Mélenchon, attestiert Macron einen Mangel an kohärenter Strategie für Frankreich.

Die bereits im Rahmen der Finanzkrise von 2008 sowie der Staatsschuldenkrise Griechenlands ab 2010 bedienten Bilder eines egoistischen Deutschlands werden derzeit sowohl in der Politik als auch in den Medien bedient. Macron betont, dass wie „immer die

Länder blockieren, die am sparsamsten sind, namentlich Deutschland und die Niederlande“. Wiederholt wurde von Frankreichs Regierung auf die Folgen für den Binnenmarkt verwiesen, um Deutschland zum Einlenken zu bewegen.

Während vor dem EU-Gipfel einige Medien über die „harte Linie“ Deutschlands berichtet hatten, fanden die Ergebnisse nun kaum Niederschlag. In den französischen Medien wird europäischen Themen üblicherweise kaum Raum gegeben. Derzeit dominiert die Debatte über die anstehenden Lockerungen der noch bis 11. Mai laufenden strikten Ausgangssperre. Dennoch titelte Le Monde am 24. April: „Relaunch: Europa steht auf dem Kriegsfuß“. Die Zeitung argumentiert in einer Linie mit dem französischen Staatspräsidenten: Wenn ein Teil Europas wirtschaftlich vernachlässigt wird, wird dies Auswirkungen für die gesamte EU haben und Populismus fördern.

Le Figaro bezweifelt die Wirkung der Beschlüsse des EU-Gipfels und titelt: „Conseil européen: la montagne va-t-elle accoucher d'une souris?“ (in etwa: Als Tiger gesprungen, als Bettvorleger gelandet?).

Der Nachrichtensender BFM Business zeigt sich hingegen optimistischer. Es stelle sich nun die Frage, ob das Glas halbvoll oder halbleer ist. Das eher positive Echo aus Italien verweise darauf, dass die EU auf dem richtigen Weg ist.

Griechenland & Zypern

Henri Bohnet

Die Reaktionen in Griechenland und Zypern auf den Ratsgipfel waren sowohl auf politischer Seite als auch in der medialen Berichterstattung verhalten, wohl auch aus dem Grund, dass der Gipfel lediglich ein Zwischenergebnis liefern konnte: Zwar wurden die Beschlüsse der EU-Finanzminister übernommen und die Einrichtung eines Wiederaufbaufonds beschlossen ([siehe hierzu auch den Ratsbericht des Europabüros](#)), doch die Entscheidung über die Art und Weise der Finanzierung des Letzteren wurde vertagt.

Vor diesem Hintergrund bleibt aus Sicht der beiden südeuropäischen Nachbarn die Frage nach einer – begrenzten oder unbegrenzten - Vergemeinschaftung der Haftung der anvisierten Krisenmittel unbeantwortet und damit die Kluft zwischen Nord und Süd bestehen. Vor allem in **Athen** warnen deshalb sowohl Regierung als auch Opposition vor einem wachsenden Schuldenberg vieler Mitgliedsstaaten und insbesondere natürlich des noch durch die langjährige Finanzkrise angeschlagenen eigenen Landes. Auf dem Video-Gipfel machte der liberalkonservative Premier Mitsotakis seine Haltung deutlich, dass der Wiederaufbaufonds "riesig" sein müsste, um allen Mitgliedsstaaten aus der drohenden tiefen Rezession herauszuhelfen. "Wir dürfen keine Zunahme der nationalen Schuldenquote erlauben", so Mitsotakis im Rahmen des Gipfels. Er plädierte deshalb für eine Kombination aus Krediten und Zuschüssen, die daraus an die betroffenen Länder fließen sollten – einen größeren Teil davon aber an nicht rückzahlungsfähigen Subventionen.

In der griechischen Öffentlichkeit wird weiterhin zu allergrößten Teilen die Ausgabe von "Coronabonds" gefordert. Das sieht auch der Chef der sozialistischen Opposition und Ex-Premier Tsipras so: "Es gibt keine Zeit zu verlieren", sagte er auf dem Vorbereitungstreffen der Europäischen Sozialisten zum Ratsgipfel. Die Debatte bleibt in den griechischen Medien weiter von dieser Idee dominiert, zumal das "offene" Ergebnis am Donnerstagabend zeigte, dass die Entscheidung über die Ausgestaltung des Fonds erst nach der Vorlage des Kommissionsvorschlags am 6. Mai getroffen werden wird.

In **Nikosia** ist die Stimmung eine ähnlich gelagerte: Der konservative Präsident Anastasiadis sprach sich ebenfalls für einen Finanzierungs-"Mix" aus, favorisierte aber klar eine Schwerpunktlegung auf die Vergabe von Zuschüssen. Außerdem unterstützt Zypern die Anpassung des neuen EU-Haushalts und fordert einen Ausbau der EU-Struktur- und Agrarhilfen. In der Berichterstattung auf dem Inselstaat dominiert aber zum wiederholten Male die Sicherheitspolitik: Die Türkei hat in der vergangenen Woche ihre Bohrungen nach Erdgas vor der zyprischen Küste wieder aufgenommen. Dies sieht Nikosia als klare Verletzung ihrer Hoheitsrechte. Entsprechend wichtig war Anastasiadis deshalb, auch diese Problematik auf dem Gipfel zur Sprache zu bringen. Griechenlands Premier Mitsotakis unterstützte ihn dabei.

Führende Meinungsmacher in **Griechenland** denken aber über den gegenwärtigen "Geldstreit" innerhalb der Union hinaus: Sie drängten im Nachgang zum Ratsgipfel auf eine schnelle Einigung aller Mitgliedsstaaten über den einzuschlagenden Weg. Denn angesichts eines durch die Coronakrise noch beschleunigten Einflussverlusts des historisch von den USA geführten Westens kann Europa nur in der Union bestehen. Weder Deutschland noch einem anderen EU-Staat trauen sie zu, allein im internationalen Kräfteressen zu bestehen. Jetzt, wo Trumps Amerika ein Vakuum hinterlässt und Chinas Avancen nicht getraut werden kann, steht Europa allein da. Und die Einsicht muss allen vor Augen stehen: Europa ist nur so stark wie sein schwächstes Mitglied. Deshalb könnte eine nach der Krise schnell wieder erstarkende EU mit eigenen Initiativen an der (Neu-)Gestaltung der internationalen Wirtschaftsordnung vorangehen, um zur internationalen Stabilität beizutragen und einen freiheitlich-demokratischen, marktwirtschaftlich-orientierten Weg für andere Staaten aufzuzeigen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Abteilung Europa und Nordamerika
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
www.kas.de

leonie.arzberger@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)